

von George Washington. Er feierte ihn so schwärmerisch, wie Byron ihn am Schlusse seiner „Ode auf Napoleon“ besang:

Der müde Blick, der Größe sucht,  
Wo wird ihm Ruh beschert?  
Wo ist die Hoheit nicht verrucht  
Und nicht verachtungswert?  
Ja, einer war groß, gut und fest,  
Der Cincinnatus fern im West,  
Den selbst der Neid verehrt.  
Ein Name — Washington! — ist rein —  
Erröte Menschheit! — er allein!

Ja, Washington war als Mensch und Staatsmann, in Wort und Tat, das Muster eines ehrlichen bürgerlich-demokratischen Ideologen. Und sein später Nachfolger und Biograph ist als Mensch und Präsident eben das Musterprodukt jener Wandlung, die in der gesegneten Union mit der bürgerlichen Demokratie im kapitalistischen Prozesse geschah. Und so erfüllt der Demokrat Wilson am kapitalistischen Opferaltar des Weltbrandes nur die Rolle eines Tempeldieners, der im Auftrag gieriger Balspaffnen neuen Brennstoff der fressenden Glut aufschürt.

**Berichtigungen.** Infolge eines bedauerlichen Schreibfehlers ist in dem Artikel „Shakespeare und Cervantes“, Heft 4, Seite 140, Zeile 4 und 16 als Todesdatum der beiden Dichter der 5. April genannt. Es muß selbstverständlich der 23. April heißen. Außerdem ist auf Seite 145, Zeile 5 von unten, „das englische Fußvolk“ (statt „das französische“) zu lesen.

Auf Seite 157 ist in der fünften Zeile von unten die Ziffer der Stimmen, die gegen das Vertrauensvotum abgegeben wurden, richtigzustellen; es muß 32 Stimmen heißen.

**Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstr. 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324.**

**Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.**

**Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.**

Für die Redaktion verantwortlich: ⚡

Karl Blasenbrey / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. /  
Druck: G. Birk & Co. m. b. H. / sämtl. in München, Altheimereck 19.

# DIE GLOCKE

6. Heft

6. Mai 1916

II. Jahrgang

Nachdruck sonst. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

MAX COHEN (Red.) M. d. R.

## Deutschland und Amerika.\*)

DI E seit der Versenkung der „Lusitania“ ununterbrochen dauernden Verhandlungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten haben am 20. April zu einer Note des Präsidenten Wilson geführt, die den Charakter eines Ultimatus trägt. Es ist wahrscheinlich, daß die deutsche Antwortnote weder eine runde Ablehnung noch eine vollkommene Anerkennung des Wilsonschen Standpunktes in sich tragen, sondern daß sie versuchen wird, eine Grundlage zu finden, auf der die beiden Mächte schließlich dennoch zu einer Verständigung gelangen können.

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, ist die deutsche Antwort vermutlich bereits bekannt, und sie wird, wie wir hoffen, der erwähnten Erwartung entsprechen. Leicht wird es freilich für die verantwortlichen Männer in Deutschland nicht sein, hier einen, den endgültigen Bruch mit Amerika vermeidenden, Weg zu finden. Denn wenn man auch zugeben mag, daß der Unterseebootkrieg mit all seinen Ereignissen sich von der Newyorker Seite des atlantischen Ozeans anders ansieht, als für das um Gegenwart und Zukunft ringende Deutsche Reich, in der Note des Herrn

\*) Anmerkung der Redaktion: Wir möchten ausdrücklich hervorheben, daß der vorliegende Artikel schon am 27. April geschrieben worden ist, also vor dem Bekanntwerden der deutschen Antwortnote an Amerika. Die Kriegsumstände, die Entfernung zwischen der Redaktion und dem Druckort und andere Momente bedingen leider einen sehr frühen Redaktionsschluß.

Wilson handelt es sich nicht mehr um eine Auffassung, die aus dem Gesichtswinkel eines uns wenig freundlich gesinnten Neutralen gesehen ist, sondern das ist die unverhüllte und absolute Parteinahme für die Gegner Deutschlands, dem eine seiner wichtigsten Waffen stumpf gemacht werden soll.

Daß die „Sache der Menschlichkeit“ und die „Rechte der neutralen Nationen“, in deren Namen Herr Wilson zu sprechen vorgibt, nichts weiter sind, als Ornamente, hinter denen sich ganz andere, handfeste Interessen verbergen, versteht sich am Rande. Im Interesse der Menschlichkeit handelte die amerikanische Regierung auch damals, als sie, im Jahre 1898, in den Krieg zwischen Spanien und seinen Kolonien eingriff, um der grausamen Kriegführung der Spanier ein Ende zu machen. Das ist also ein altes amerikanisches Klischee, das vor dem spanisch-amerikanischen Kriege von Cleveland und Mac Kinley ebensogut angewandt wurde wie heute von Herrn Wilson. Wahrlich, für die Rechte der Menschlichkeit und die der Neutralen einzutreten wäre, bei den willkürlichen und grenzenlosen Uebergriffen Englands gegen die Schweiz, Holland und die drei nordischen Reiche, bei der Sperrung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland, Gelegenheit in Hülle und Fülle gewesen. Hier aber ließ es Herr Wilson bei verhältnismäßig sanften Vorstellungen bewenden.

Begreiflicherweise. Die Parteinahme der Vereinigten Staaten für Großbritannien entspricht den Interessen, die mit der zunehmenden Industrialisierung des Landes ausschlaggebend geworden sind. Die imperialistische Großindustrie Amerikas, deren Machterweiterung mit ihrer Vertristung ins Ungeheure wuchs, hält die japanisch-amerikanische Auseinandersetzung in einer nicht zu ferneren Zukunft für unabwendbar. Für diesen Fall sucht sie sich den Beistand Englands zu sichern, und sie hat in Herrn Wilson, dem ehemaligen Trustbekämpfer, ein gutes Werkzeug für diese Politik gefunden. Hier liegen, nach unserer Ueberzeugung, die eigentlichen Wurzeln der amerikanischen Stellungnahme in diesem Weltkriege; die meisten der anderen in den Vordergrund geschobenen Betrachtungen und Erwägungen spielen demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Ob die Rechnung der amerikanischen Imperialisten unbedingt richtig ist, kann erst die Zukunft

erweisen, aber es ist sehr leicht möglich, daß sie ein großes Loch hat. Trotz der Abänderung des englisch-japanischen Bündnisvertrages nach Abschluß der zwischen England und den Vereinigten Staaten getroffenen Schiedsgerichtsvereinbarung.

In der Vergangenheit wenigstens ist die großbritannische Politik der Entwicklung der Vereinigten Staaten nicht immer förderlich gewesen. Gerade in diesen Tagen wurde in der „Frankfurter Zeitung“ auf eine Reichstagsrede Bismarcks aus dem Jahre 1894 aufmerksam gemacht, in der Bismarck davon Mitteilung machte, daß während des Sezessionskrieges Deutschland „den Versuchen widerstanden habe, die uns von anderer Seite, von seiten anderer hochentwickelter Mächte, abstraten, uns in die inneren Streitigkeiten Amerikas zu mischen und auf den Zerfall des großen Reiches der Vereinigten Staaten zu spekulieren, indem wir die Südstaaten als kriegführende Macht anerkannt haben würden. Die Tatsache, daß wir uns jeder Mitwirkung geweigert haben, daß wir nicht ohne Verdienst darum sind, daß dergleichen Versuche tatsächlich unterblieben, hat nicht verfehlt, einen dauernd günstigen Eindruck in Amerika hervorzurufen.“ Daß Englands Sympathien in diesem für Amerikas spätere Entwicklung so wichtigen Kriege auf seiten der Konföderierten waren, ist bekannt, aber es dürfte nicht ohne Interesse sein, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß Großbritannien damals sogar heimlich schnelle Kreuzer für den Süden bauen und ausrüsten ließ, ohne freilich dessen Sache retten zu können.

Ob man sich in Newyork gegen die Wiederkehr solcher Zeiten ganz und gar sicher fühlt? Fast scheint es so, denn sonst wäre Art und Inhalt der letzten Note an Deutschland undenkbar. Es gilt bei uns Politiker, die der Ueberzeugung sind, daß in ihr der Wille Amerikas zum Kriege mit dem Deutschen Reiche klar zum Ausdruck komme. Wir möchten das vorderhand noch nicht annehmen, da sonst weitere Verhandlungen in der Tat Zeitverschwendung wären. Wir glauben vielmehr, daß sich das Aeußerste noch verhindern läßt, glauben es umsomehr, als einer der Hauptpunkte, auf die Herr Wilson sich stützt, der durchaus noch nicht einwandfrei aufgeklärte Untergang der „Sussex“ ist, und über den kann und muß noch weiter gesprochen werden.

In den letzten Tagen haben sich, hüben und drüben, die Stimmen derer gemehrt, die annehmen, daß Herr Wilson keinesfalls unter allen Umständen auf einen Krieg hinarbeite. Wenn dem so ist, dann dürfen die deutschen Staatsmänner nichts unversucht lassen, um den Konflikt beizulegen, denn von einem Krieg mit den Vereinigten Staaten will das deutsche Volk, wenn seine Vermeidung menschenmöglich ist, nichts wissen. Das absolut Unabwendbare würde es natürlich auch in diesem Falle zu tragen und durchzukämpfen wissen. Als eine „Erleichterung“ aber, weil dadurch der rücksichtslose U-Bootskrieg zur Anwendung kommen könnte, sieht es den Bruch mit Amerika in seiner übergroßen Mehrheit gewiß nicht an. Das tut höchstens der täglich kleiner werdende Kreis, der sich um den Grafen Reventlow und die „Deutsche Tageszeitung“ gruppiert. Es ist geradezu unfassbar, wie der gewiß nicht schlecht unterrichtete Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 22. April schreiben konnte, „daß jenes Kriegsmittel, (nämlich der zweckentsprechend geführte Unterseehandelskrieg) die Nachteile weit überwiegt, welche sich aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, ja aus einem deutsch-amerikanischen Konflikt ergeben könnten. In dieser Ueberlegung ist der Angelpunkt der ganzen Frage und ihrer Entscheidung enthalten.“

In dem letzten Satze stimmen wir dem Grafen Reventlow zu, nur ziehen wir die umgekehrte Schlußfolgerung und sagen, daß die Nachteile, die aus einem endgültigen Bruche, d. h. aus einem Kriege mit Amerika entstehen könnten, viel größer sein müßten, als die Vorteile eines rücksichtslos geführten U-Boothandels-Krieges. Und zwar — das ist das entscheidende — im Hinblick auf den schließlichen Ausgang des Krieges. Leider sind wir wie auch andere, durch die Verhältnisse gezwungen, hier manches unterdrücken zu müssen, was wir gerne schreiben möchten. Auf zwei Dinge aber wollen wir die, die einen Krieg mit den Vereinigten Staaten nicht allzuschwer nehmen, noch hinweisen. Wie wird die Stellung der neutralen Staaten werden, für die dann die absolut unentbehrliche Seezufuhr ganz aufhört? und wie stark müßte, im Hinblick auf die amerikanische Hilfe, die Widerstandskraft derer unserer Feinde wieder anschwellen, deren bal-

den Niederbruch wir sonst erhoffen dürfen? Die triumphierenden Ausführungen der feindlichen Presse geben die Antwort. Nein, das Ende des Krieges, und zwar ein für uns günstiges Ende, sieht in unsehbarer Ferne gerückt. Hier liegt auch ein Angelpunkt der Sache, und wir zweifeln nicht, daß er von denen herangezogen wird, die das Schicksal unseres Vaterlandes in ihren Händen halten. (m)

WILHELM KEIL (M. d. R.)

## Randbemerkungen zu den Steuerkämpfen.

ALLE öffentlichen Körperschaften, das Reich, die Einzelstaaten, die Kommunalverbände und die Gemeinden werden nach Beendigung des Krieges viel größere Einnahmen brauchen als vor dem Kriege. Am stärksten wird der Geldbedarf des Reiches wachsen. Bis jetzt hat das Reich rund 35 Milliarden Mark Kriegsschulden aufgenommen. Die Schuld wird noch weiter wachsen. Bis zu welcher Höhe, das hängt von der Dauer des Krieges ab. Es gibt noch Optimisten, die auf eine große Kriegskostenentschädigung rechnen. Diese Hoffnungen dürften sich kaum erfüllen. Der vorsichtige Finanzpolitiker tut gut, sich darauf einzurichten, daß das deutsche Volk seinen ganzen Kriegsaufwand selbst bestreiten muß.

Zu der Zinsenlast, die sich in die Milliarden beläuft, kommt die Fürsorge für die Kriegsinvaliden und für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger. Es kommt die Erneuerung des Blutungsapparates hinzu. Selbst wenn das Bestreben aller Freunde der Völkerverständigung, die Rüstungen der Großmächte zu beschneiden, beim Friedensschluß Erfolg haben sollte, bleibt die Notwendigkeit, das Deutsche Reich wehrhaft zu erhalten, bestehen. Die Völker werden am Schlusse dieses furchtbarsten aller Kriege nicht sofort ins Zeitalter des ewigen Friedens eintreten. Wir wissen, daß die Kriegsgefahr nie ganz verschwinden wird, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung fortbesteht.